

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung

Bezugspreis: Monatsabonnement R.-M. 1.75 einschließlich
Trägerlohn. Erscheint täglich werktags.

Tannus-Post—Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgehaltene 3 mm breite Kopfschaltzeile kostet 15 Bg., auswärts 20 Bg., im Reklametel 22 mm breit 60 Bg. — Die Einzelnummer 10 Bg.
Postfachkonto: Frankfurt am Main 39864.

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstraße 24

Nr. 160

Freitag, den 11. Juli 1930

5. Jahrgang.

Neues vom Tage.

— Das finnische Parlament hat in der Frage der Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten der Regierung mit 105 gegen 53 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen.

— Zum Studium der sowjet-russischen Verhältnisse sind fünf- und zwanzig amerikanische Wirtschaftsfachverständige in Moskau eingetroffen. Die Besucher sind fast ausschließlich Universitätsprofessoren.

— Der spanische Ministerrat hat beschlossen, sämtliche Devisenkäufe und -verkäufe bei der Bank von Spanien zu zentralisieren und zu ihrer Überwachung einen Kurs-Kontrollsausschuss einzusetzen.

— Auf einer Zusammenkunft der englischen Arbeiterpartei im Unterhaus wurde das Kriegsschiffbauprogramm der Regierung erörtert.

— Eine ungewöhnliche Hitze herrscht zurzeit in Chicago und Umgebung. In einigen Städten wurden 39 bis 42 Grad Celsius gemessen. Die heiße Temperatur hat innerhalb von zwei Tagen bereits 12 Todesopfer gefordert.

Deutscher Reichstag.

Trauerkundgebung für die Opfer des Grubenunglücks in Hausdorf. — Annahme des Brotgesetzes.

Berlin, 10. Juli.

Präsident Loh eröffnet die Donnerstagssitzung des Reichstags mit einer Ansprache, in der er mit Worten herzlichster Anteilnahme der

Opfer des furchtbaren Grubenunglücks in Hausdorf

gedenkt und die Ermächtigung erbittet, den Angehörigen der Opfer das Mitgefühl des Reichstags auszusprechen. Sämtliche Sitzungsteilnehmer haben sich bei dieser Ansprache von den Sitzen erhoben.

Von den Sozialdemokraten und den Kommunisten sind Anträge auf Gewährung von Reichsmitteln zur Hilfe für die von dem Grubenunglück Betroffenen eingegangen. Diese Anträge sollen am Schluß der Sitzung behandelt werden.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Wirtschaftsausschusses über

Anträge auf Strafverfolgung von Abgeordneten.

Der Ausschuss hat die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Schneller (Komm.), Maslowski (Komm.), Feder (Nat.-Soz.) und Graf Westarp (Dnt.) beantragt.

Abg. West (Komm.) protestiert gegen die Aufhebung der Immunität der Abg. Schneller und Maslowski.

Abg. Graf (Dnt.) ersucht um Zurückweisung des Antrags auf Strafverfolgung des deutschen Abg. Graf Westarp. Graf Westarp werde beschuldigt, in der Kritik des preussischen Ministerpräsidenten Braun, des früheren preussischen Innenministers Grauert und des früheren Reichsinnenministers Severing wegen ihres Verhaltens beim Volksbegehren zu weit gegangen zu sein. Tatsächlich sei die Kritik zwar scharf, aber nicht beleidigend gewesen.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Maslowski wird mit 151 gegen 101 Stimmen bei 48 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten erteilt. — Die vom Ausschuss beantragte Genehmigung zur Strafverfolgung des deutschen Abgeordneten Graf Westarp wird unter großer Heiterkeit einstimmig abgelehnt.

Die übrigen Anträge des Ausschusses und die Ausschussentscheidungen werden angenommen. Es folgt die

Schlussabstimmung über das Brotgesetz.

Abg. Simon-Franken (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten hätten die Absicht gehabt, dem Brotgesetz zuzustimmen. Das sei ihnen jetzt unmöglich gemacht worden dadurch, daß aus dem Gesetz die Bestimmung über den Brotverlauf nach Gewicht gestrichen worden sei.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wird die Schlussabstimmung namentlich vorgenommen. Sie ergibt die Annahme des Gesetzes mit 212 gegen 198 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen. Gegen das Gesetz haben mit den Sozialdemokraten und Kommunisten auch einzelne Abgeordnete des Zentrums und der Demokraten gestimmt.

Es folgen nun die vorher zurückgestellten Anträge auf Hilfsmittelmaßnahmen für die Opfer des Grubenunglücks. Die Anträge werden auf die Tagesordnung der Freitagssitzung gesetzt.

Um 16¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen auch das Gesetz über die Gültigkeit der Aufwertungshypothesen.

Steuervorlagen im Reichstagsausschuss.

Der Steuerausschuss des Reichstags trat in die Beratung der Deckungsvorlagen (Reichshilfe, Einkommensteuergesetz, Ergänzungsgesetz) ein. In der sehr lebhaften Aussprache äußerte Finanzminister Dietrich, die Regierung habe sich bemüht, Härten für die Behördenangestellten dadurch zu vermeiden, daß nach § 4 Abs. 11 diejenigen Behördenangestellten von der Reichshilfe befreit sind, die am 1. August 1930 nicht ein volles Jahr in Beschäftigung gestanden haben. Außerdem bleiben die behördenangestellten bis zu einem jährlichen Arbeitslohn von 3285 Reichsmark von der Reichshilfe befreit. Diesen Kreis noch zu erweitern, empfehle sich aus fiskalischen Gründen nicht. Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte Minister Dietrich noch einmal das Wort und bemerkte: Die Gesundung der Wirtschaft, verbunden mit der Minderung der Lasten für die Arbeitslosenversicherung, sei nicht ausfiskalisch, wenn die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht werden. Diese Ge-

Tirard über den Abmarsch.

Der Vorsitzende der ehemaligen Rheinlandkommission berichtet. — Der Abmarsch aus Wiesbaden und Mainz. — Die Franzosen sind zufrieden. — Aufrüstung und Abrüstung.

© Paris, 10. Juli.

Der Vorsitzende der ehemaligen Interalliierten Rheinlandkommission, der Franzose Tirard, hat der französischen Regierung über den Abmarsch der letzten Besatzungstruppen Bericht erstattet, der soeben veröffentlicht wird. Es heißt darin: Eine zahlreiche Menge wohnte dem Niederholen der alliierten Fahnen vom Sitz der Rheinlandkommission — in Wiesbaden — bei. Weder während des Niederholens noch während des Abmarsches des Ehrenbataillons fanden Kundgebungen statt. Auch dem Niederholen der Fahnen am Hauptquartier in Mainz wohnte eine große Menge bei. Als die Marschallsepie gespielt war, wurden einige, allerdings nicht laute Hochrufe gehört. Sie stammten von einer Gruppe junger Leute, die wahrscheinlich nationalistischen Verbänden angehörten. Das Bataillon ist dann mit wehenden Fahnen zum Bahnhof marschiert. Eine zahlreiche Menge begleitete es, ohne daß eine inoffizielle Haltung festzustellen war. Auch als General Guillaumat und ich (Tirard) im Auto mit wehendem Wimpel langsam zum Bahnhof fuhren, konnten wir keine inoffizielle Geste feststellen. Die Menge war zuvorkommend, und die Polizisten grüßten vollkommen höflich.

Der Bericht schließt: In gewissen deutschen Blättern ist berichtet worden, daß General Guillaumat, um Kundgebungen zu vermeiden, die Vorhänge seines Wagens habe niederlassen müssen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Menge hat nämlich den Bahnhofspolizisten und den Bahnsteig, ohne zu manifestieren, verlassen. Fast anderthalb Stunden, die zur Verladung des Bataillons notwendig waren, sind wir auf dem Bahnhof geblieben. Gegen Mittag hat der Ordnungsoffizier die Wagenvorhänge niedergelassen, damit wir ein Frühstück einnehmen konnten. Im Augenblick der Abfahrt haben General Guillaumat, seine Offiziere und ich die Menge auf dem Bahnsteig begrüßt. Ein großer, aber keineswegs feindseliger Lärm wurde laut, viele Taschentücher wurden von der Menge geschwenkt, aber keine feindseligen Geste war festzustellen.

Im Auswärtigen Ausschuss des Senats — Oberhaus des französischen Parlaments — hat Tirard diesen Bericht vorgelesen und hinzugefügt, dieser Bericht zeige, daß der Abmarsch

fundung der Wirtschaft ist aber nicht möglich, wenn jetzt die Deckungsvorlagen abgelehnt werden. Die Verantwortung fällt dann auf diejenigen, die die Annahme unserer Vorlagen verhindern. Die Pumpwirtschaft können wir nicht fortsetzen. Die Regierung will gar nicht künstlich ein Junktim machen. Das Junktim ist durch die Natur der Dinge gegeben. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die Verwirklichung der Döhlle und der anderen großen Vorlagen, ist nicht möglich, wenn die Reichskassen leer sind. Die Leere der Reichskasse ist das stärkste Junktim, das möglich ist.

In der Abstimmung wurde der § 1 des Reichshilfegesetzes mit 12 gegen 7 Stimmen der Deutschen Nationalen und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einsetzung eines Unterausschusses zur Prüfung der Streichungsmöglichkeiten am Etat wurde mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

In der weiteren Debatte erklärte sich Reichsfinanzminister Dietrich damit einverstanden, im § 4 die Ausnahmen von der Reichshilfe dahin zu erweitern, daß nur solche Angestellten herangezogen werden, die am 1. August 1930 mindestens drei Jahre in Beschäftigung gestanden haben. — Die Weiterberatung wurde dann auf Freitag vertagt.

Von der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei ist ein Antrag eingegangen, der auch die Aufsichtsratsmitglieder zur Reichshilfe heranziehen will. Es soll damit der Ausfall gedeckt werden, der durch die Freilassung derjenigen Behördenangestellten entsteht, die in ihrer Stellung nicht so gesichert sind wie die Beamten.

Verlängerung des Verhaftungszwanges.

Das Gesetz über die Verhaftung von Inlandsweizen tritt mit dem 31. Juli d. J. außer Kraft. Da die Regierung jedoch den Versuch mit dem Verhaftungszwang als geglückt betrachtet, so hat sie dem Reichstag ein Gesetz vorgelegt, durch welches der Verhaftungszwang auf unbestimmte Zeit verlängert wird. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages nahm diese Novelle gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten an.

Notopfer der Reichstagsabgeordneten.

Ein Unterausschuss des Reichstags beschloß, sich am Donnerstag mit dem Notopfer der Reichstagsabgeordneten. Grundsätzlich stimmte der Unterausschuss diesem Gedanken zu. Es steht jedoch noch nicht fest, ob die Kürzung der Reichstagsabläufe durch eine Änderung des Präsidengesetzes oder durch Einbeziehung der Reichstagsabgeordneten in die Notopferbestimmungen der Deckungsvorlagen vorgenommen werden soll. Im übrigen haben sich jetzt die Fraktionen zunächst noch einmal mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Ein endgültiger Vor-

der französischen Truppen sowie die Abreise Tirards und des Generals Guillaumat sowohl von den deutschen Behörden als auch von der Rheinlandbevölkerung in höflicher Form erfolgt sei. — Na also!

Die französische Rüstung.

Vor dem Heeresauschuss der französischen Kammer sprachen der Kriegsminister und der Generalstabschef über aktuelle Probleme. Aus ihren Ausführungen ergibt sich, daß die durch das Gesetz über die Einführung der einjährigen Dienstzeit vorgeschriebene Anzahl Militäranwärter am 1. Oktober vollständig sein wird. Generalstabschef General Wegand gab ferner Auskunft über die Verteilung der aus dem Rheinland zurückgeführten Truppen.

Er teilte ferner mit, daß die Befestigungsarbeiten an der Nordostgrenze, an der Südgrenze und am Rhein einen befriedigenden Fortschritt machen. Kriegsminister Maginot setzte dann die Gründe auseinander, weshalb die Regierung Zusatzkredite für die nationale Verteidigung fordere. Der Ausschuss hat sich für die Gewährung der Kredite erklärt.

Also Frankreich kann ruhig schlafen! Seine Grenzen sind gut besetzt! Abwehr ungen, wird die französische Regierung das ausführen, was nach der nachstehenden Pariser Meldung die Radikalen von ihr verlangen:

Für Abrüstung.

Der erweiterte Vorstand der Radikalen Partei hat einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der festgestellt wird, daß die im Versailler Vertrag den Völkern versprochenen Bemühungen um die Herabsetzung der Rüstungen noch ungenügend seien. Die Londoner Notenkonzferenz habe, was Europa betreffe, kein positives Ergebnis gehabt.

Daher sollen die radikalen Parlamentarier die französische Regierung ersuchen, dem Völkernbünd vorzuschlagen, noch in diesem Jahr das gesamte Abrüstungsproblem zu prüfen. Außerdem soll die französische Regierung aufgefordert werden, die Initiative zu ergreifen, um im Geiste des Genfer Protokolls einen klaren, konkreten Vorschlag zur progressiven, allgemeinen und gleichzeitigen Abrüstung zu machen.

Schlag wird wahrscheinlich erst gemacht werden, wenn sich überlegen läßt, ob und in welcher Form das Notopfer der Beamten Gesetz wird.

Aus dem Sozialpolitischen Ausschuss.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages begann die Einzelberatung der Novelle zur Krankenversicherung. Zunächst wurde beschlossen, daß der Erwerb von Grundstücken durch Krankenkassen über einen vom Reichsarbeitsminister festgesetzten Kaufpreis hinaus der Genehmigung des Reichsversicherungsamts bedarf. Ferner wurde das Recht auf freiwillige Weiterversicherung auf Einkommen bis zu 8400 Reichsmark ausgedehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Versicherungspflicht in der Krankenversicherung in Anpassung an die Angestelltenversicherung auf Einkommen bis zu 8400 Reichsmark auszudehnen, wurde abgelehnt.

Zur politischen Lage im Reiche.

Tagung des demokratischen Parteivorstandes.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei trat am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, in der Reichstagsabgeordnete Dr. Reinhold über die politische Lage berichtete. Der Vertreter der Demokratischen Partei im Steueraus- schuss des Reichstages Abg. Fischer kennzeichnete die Lage der Fraktion kurz wie folgt: die Fraktion lehnt ab die Regierungsvorlage ohne die Bürgerabgabe. Die Fraktion ist unter Umständen bereit, anzunehmen: die Regierungsvorlage verbunden mit einer Einkommensteuer und einer subsidiären Bürgerabgabe. Der Redner erklärte, daß nach seiner Auffassung am diesjährigen Etat 150 bis 180 Millionen gespart werden können. Es sei nötig, mit dem Reichsfinanzminister in Verhandlungen zu treten, um weitere Ersparungen durchzuführen.

Der Parteiführer Koch-Weser erklärte, daß die Reichstagsfraktion ihre Stellung zum Reichsfinanzminister Dietrich deutlich präzisieren habe, die Fraktion könne aber darüber hinaus einer Persönlichkeitsfrage nicht im Wege stehen, wenn diese plausibel, eine staatspolitische Aufgabe erfüllen zu müssen. Die Anwendung des Artikels 48 sei der Anfang für den Untergang des Parlamentarismus. Die demokratische Reichstagsfraktion schloß sich in ihrer Abend Sitzung dem Standpunkt des Parteivorstandes an.

Die Reichsbahn erhöht den Personentarif.

Ab 1. September 1930.

Die Reichsregierung hat jetzt der von der Reichsbahn beantragten Erhöhung der Personentariife zugestimmt. Es wird darüber folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Die Reichsregierung hat sich entschlossen, der auf Grund eines Beschlusses des Reichseisenbahnrates von der Reichsbahn beantragten allgemeinen mäßigen Erhöhung der Personentariife zuzustimmen mit der Maßgabe, daß die Erhöhung erst am 1. September d. J. in Kraft tritt. Der Mehrertrag aus dieser Erhöhung kann auf etwa 65 Millionen Rmk. geschätzt werden. Da die vom Reich genehmigte Erhöhung der Stückgut-, Expressgut- und Gütertariife der Reichsbahn etwa 70 Millionen Rmk. bringt, sind im ganzen etwa 135 Millionen Rmk. an Tarifierhöhungen bewilligt. Die Personentariife werden in folgender Weise erhöht. Der Fahrpreis III. Klasse wird von 3.7 auf 4 Pfennig für den Kilometer, der Fahrpreis II. Klasse von 5.6 auf 5.8 Pfennig, der Fahrpreis I. Klasse von 11.2 auf 11.6 Pfennig für den Kilometer erhöht. Der Preis der Zuschlagsarten für FD-, D- und Gültage bleibt unverändert. Mit der Erhöhung des Einheitsfahres der III. Klasse auf 4 Pfennig mußte auch eine Erhöhung des Einheitsfahres der Zeitartenpreise erfolgen. Die Zeitarten selbst bleiben um fast 10 Prozent unter den neuen Kilometerpreisen der III. Klasse. Die Preise der Monatskarten III. Klasse steigen bei 5 Kilometern von 4.20 Rmk. auf 5 Rmk., bei 15 Kilometern von 11.60 Rmk. auf 13 Rmk., bei 30 Kilometern von 18 Rmk. auf 20 Rmk., die Arbeiterwochenkarten werden bei 5 Kilometern von 0.90 auf 1 Rmk., bei 15 Kilometern von 2.40 Rmk. auf 2.60 Rmk., bei 30 Kilometern von 3.60 Rmk. auf 4 Rmk. erhöht. Bei den Zeitarten der II. Klasse werden die Einheitsfahre ebenso wie die der Einzelkarten erhöht. Die Bahnsteigkarten werden von 10 auf 20 Pfennig erhöht.

Die Grubenkatastrophe auf der Wenzeslaus-Grube.

92 Tote geborgen, 70 noch eingeschlossen.

Im Laufe des Donnerstag nachmittags gelang auf dem Ruck-Schacht bei Neurode (Schlesien), die Lüftung im Schacht etwas zu bessern. Zwei Trupps drangen so weit vor, daß sie die Tote erkennen konnten. Die Arbeiten mit Sauerstoffapparaten waren aber so anstrengend, daß die Kräfte zur Vergung nicht ausreichten. Die Rettungsmannschaften mußten daher ununterrichteter Sache wieder zurückgehen. Da auch anzunehmen ist, daß verschiedene Tote unter den eingestürzten Stollen liegen, ist noch nicht abzusehen, wann deren Vergung möglich sein wird. Aus Bad Charlottenbrunn sind weitere Sanitätskolonnen zur Ablösung herbeigeeilt, ebenso neue Rettungsmannschaften mit den modernsten Sauerstoffapparaten.

Im Knappschaftslazarett in Neurode bemühen sich sechs Kräfte und zahlreiche Pfleger und Pflegerinnen um die Verunglückten. Einige der Verunglückten sind bereits vernehmungsfähig, können aber nichts wesentlich Neues über die Katastrophe berichten. Da die meisten bewußtlos eingeliefert wurden und erst jetzt wieder zu sich kommen, wissen sie noch gar nicht, wie viele ihrer Kameraden dem Unglück zum Opfer gefallen sind.

Unter Führung von Bergrat Werne führen fünf neue Hilfsmannschaften ein. Es gelang, eine Weiterröhre zu öffnen und fünf Tote, die dahinter lagen, zu bergen. Um 5 Uhr nachmittags konnten weitere sechs Mann geborgen werden. Amtlisch wird jetzt mitgeteilt, daß zur Belegung nicht 193, sondern 211 Leute zählten, von denen bisher 92 tot geborgen sind und 70 als noch eingeschlossen gelten. Die Ärzte des Knappschaftslazaretts hoffen, die Verunglückten in kurzer Zeit entlassen zu können.

Das Uniformverbot im Bayerischen Landtag.

Eine Erklärung des Innenministers.

Im Bayerischen Landtag sprach am Donnerstag Staatsminister des Innern Dr. Stübel über das Uniformverbot, an dem Nationalsozialisten und Deutschnationale Kritik geübt hatten. Er erklärte u. a.: Es wurde bedauert, daß durch das Verbot auch der Stahlhelm betroffen ist. Der Stahlhelm hätte sich im Interesse der Erhaltung der Staatsautorität lösen müssen, daß er seine Ziele doch eine Zeit lang auch ohne Uniform verfolgen kann. Es ist doch möglich, militärischen Geist und Disziplin auch ohne Uniform zu pflegen. Die nationalsozialistischen Versammlungen wurden verboten, weil ihre Zweck offensichtlich den Straßengehen zuwiderläuft. Der Zweck der Ersatzversammlungen der Nationalsozialisten war zweifellos der, zum Widerstand gegen die erlassenen Anordnungen auszureizen.

An dem vorgelegten Plakatentwurf stand: „Die Schwarzen am Rhein stehen ab, die Schwarzen in Bayern übernehmen ihr Erbe.“ (Lebhafter Pfuiruf bei der Bayerischen Volkspartei.) Polizeidirektion und Regierung würden sich lächerlich machen, wenn sie einer solch unerhörten Unverschämtheit gegenüber nicht die Konsequenzen ziehen würden, zumal wenn sie rechtlich so begründet sind wie in diesem Falle. (Lebhafter Beifall bei der Bayerischen Volkspartei.)

Der Reichsrat gegen das Amnestiegesetz.

Berlin, 11. Juli. Bei der Eröffnung der Reichsratsitzung gedachte der Vorsitzende Staatssekretär Jöel der furchtbaren Grubenkatastrophe im Waldburger Bergland. Der Reichsrat erhob sich zu Ehren der Opfer der Katastrophe von den Sitzen. Gegen das Amnestiegesetz wurde von der preussischen Regierung Einspruch erhoben. Für den Einspruch wurden 28 Stimmen, dagegen 38 Stimmen abgegeben. Vorher war mit 50 gegen 9 Stimmen bei 7 Enthaltungen dahin entschieden worden, daß bei dem verfassungsmäßigem Charakter des Amnestiegesetzes eine Stimme über ein Drittel der Stimmen zur Erhebung des Einspruchs genügt. Danach hat also der Reichsrat Einspruch gegen das Amnestiegesetz erhoben, und der Reichstag wird sich noch einmal damit zu beschäftigen haben. Für den Einspruch stimmten Preußen, Baden, Hessen, Hamburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Waldeck, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe und die preussischen Provinzen Sachsen und Westfalen.

Die „Bürgerabgabe“.

Eine neue Gemeindesteuer.

Wie zu den Verhandlungen über die neuen Steuern aus Berlin gemeldet wird, hat das Reichskabinett auf Grund der Parteiführerbesprechung den Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien Vorschläge zur Erweiterung ihres Deckungsprogrammes zugehen lassen. Es handelt sich zunächst um eine Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, wonach der Höchstbetrag der Darlehen des Reiches an die Arbeitslosenversicherung vom 1. April 1931 ab jeweils im Haushaltsgesetz festgelegt werden soll. Außerdem wird ein Gesetz über eine Bürgersteuer vorgeschlagen, das dreizehn Paragraphen zählt.

Nach diesem Gesetz sollen die Gemeinden von jedem wahlberechtigten Bürger eine Bürgerabgabe erheben, deren Höhe von den Ländern bestimmt wird. Der Steuerfuß muß mindestens 6 Reichsmark betragen, bei Personen, die nicht der Lohnsteuer unterliegen, mindestens 3 Reichsmark jährlich. Für Ehegatten darf er nicht weniger als das anderthalbfache des Normalfußes betragen. Eine Staffelung der Steuer ist ausgeschlossen. Bis zum Inkrafttreten des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes dürfen Gemeindegrundsteuern oder Gemeindegewerbesteuer um mehr als 100 Prozent, jedoch nicht mehr als 150 Prozent des Landesdurchschnitts erhoben werden, wenn für das gleiche Rechnungsjahr ein Zuschlag von 50 Prozent zur normalen Bürgersteuer erhoben wird. Bei einem Zuschlag von 100 Prozent zur Bürgersteuer dürfen die Realsteuern 150 bis 200 Prozent, bei einem Zuschlag von 150 Prozent zur Bürgersteuer auch mehr als 200 Prozent betragen.

Vom 1. April 1931 ab ist das Aufkommen der Bürgersteuer von den Gemeinden zur Senkung der Realsteuern zu verwenden. Die Bürgersteuer darf nicht als Abzug vom Lohn erhoben werden, sie wird in den Gemeinden selbst verwaltet. Das Gesetz soll am 1. Okt. d. J. in Kraft treten.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat noch die Einführung einer Alkohol-Gemeinde-Verkehrssteuer beantragt.

Die Freiheitsbewegung der Inder

Die Parteiführer und die Erklärung des Vizekönigs.

Nach der Erklärung des Vizekönigs von Indien über die Verfassungsfrage hielten die Führer der Gesetzgebenden Versammlung eine Zusammenkunft ab. Nach Schluß der Beratungen wurde eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Die Veröffentlichung des Berichts der Simon-Kommission und die Unterstützung, die er von allen Seiten und von allen Werten Großbritanniens gefunden habe, habe in Indien große Unruhe hervorgerufen, aber die Parteiführer seien erleichtert über die Ankündigung des Vizekönigs, daß die Empfehlungen der Kommission nicht das letzte Wort in der Frage der unvermeidlichen Reformen seien. Sie, die Parteiführer, seien der Meinung, daß Indien an der Konferenz am runden Tisch teilnehmen solle.

Zum Schluß wird die Regierung aufgefordert, die Ausnahmeverordnungen zurückzunehmen und eine Amnestie für alle Personen zu erlassen, die aus politischen Gründen und nicht wegen Gewalttaten verhaftet worden sind, während gleichzeitig an die Anhänger Gandhis die Aufforderung ergehen soll, ihren Kampf einzustellen.

Gandhis Zeitungsbetrieb beschlagnahmt.

Die Druckeranlage der von Gandhi bis zu seiner Verhaftung geführten Zeitung „Young India“ ist von der Regierung beschlagnahmt worden, da die Verwaltung der Zeitung gewissen Anforderungen der Behörden nicht nachkommen wollte. Die Türen wurden verriegelt und man erwartet, daß die Behörden morgen die Druckereimaschinen entfernen lassen werden.

Politische Tageschau.

— Zu dem Pensionsgesetz des früheren Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer, der bekanntlich ein Ruhegehalt von 29 500 Mark verlangt, wird von ihm nachstehender Seite betont, daß Moldenhauer bei der Übernahme des Finanzministeramtes sowohl seine Professur an der Universität Köln, wie seine Aufsichtsratsposten niedergelegt habe. Ihm dafür eine Entschädigung zu gewähren, sei durchaus billig. — Wir vernehmen nicht die Opfer, die Dr. Moldenhauer gebracht hat, stehen aber trotzdem auf dem Standpunkt, daß es einen sehr schlechten Eindruck machen muß, wenn in der heutigen Zeit ein derartiger Pensionsanspruch erhoben wird. Es handelt sich dabei nicht um die Person Moldenhauers, sondern es geht um die Sache.

— Die Saarverhandlungen. Wie aus Paris berichtet wird, hörte der Aussenaußschuß des Senats Ministerpräsident Lardieu, Außenminister Briand und Arbeitsminister Perrot über die verschiedenen mit der Saarfrage zusammenhängenden Probleme. Briand gab einen Überblick über die Verhandlungen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Nationen und erklärte: Da die Vorschläge der deutschen Delegation nicht in den Rahmen der vorgeschlagenen wirtschaftlichen Zusammenarbeit paßten, wurden die Verhandlungen ausgesetzt, um, wenn möglich, im Oktober wiederaufgenommen zu werden. Der Arbeitsminister führte aus: Die französischen Delegierten bemühten sich, Frankreich seine Rolle als Verteidiger zu erhalten. Die Regierung wünschte lebhaft, eine Grundlage für die Zusammenarbeit zu finden. Dabei wurden die politischen Rechte der Saarbevölkerung durchaus gewahrt. Zwei Unterausschüsse, die Grubenkommission und die Zoll- und Wirtschaftskommission, hielten eine Reihe von Sitzungen ab, in denen jede nur mögliche Garantie für das Verfahren gegeben wurde. Zum Handels- und Zollproblem machten die deutschen Delegierten Vorschläge, die ungenügend erschienen. — Sehr viel erfährt man aus diesem Bericht gerade nicht!

Übermals Umtriebe in Trier.

Neue Separatistenverfolgung.

Zu Ansammlungen vor den Wohnungen angeblicher früherer Separatisten ist es auch in der letzten Nacht in Trier gekommen. In verschiedenen Straßen versuchten die Demonstranten, Wohnungen und Geschäfte anzugreifen. Bei Einbruch der Dunkelheit erschien die Polizei mit Karabinern an mehreren Stellen der Stadt und zerstreute die Ansammlungen, an denen sich insgesamt etwa 100 Personen beteiligt haben dürften. Die

Straßenkreuzungen wurden mit starken Balkontüllen besetzt. Niemand durfte stehen bleiben. Die Straße, in der sich die Polizeihauptwache befindet, wurde für jeglichen Verkehr gesperrt. Vor der Wache hielten mehrere Ueberfallkommandos, die mit Tränengasbomben ausgerüstet waren.

Ausruf des Trierer Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister von Trier veröffentlichte einen Ausruf an die Bevölkerung, in dem es heißt: Wie auch die Erregung gegenüber den Anhängern des verbrecherischen Separatismus, das außerordentlich viel Unglück gebracht hat, verständlich ist, so können trotzdem Uebergriffe gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung, wie sie in den letzten Tagen vorgekommen sind, in einem geordneten Gemeinwesen und Rechtsstaat nicht gebuldet werden.

Ich richte an die Bürgerschaft die Bitte, Ruhe zu bewahren und auch ihrerseits dafür zu sorgen, daß Ordnung und Sicherheit in unserer Stadt erhalten bleibt. Die Polizei hat Anweisung erhalten, den Ausschreitungen gegenüber mit aller Schärfe einzuschreiten.

Das Bombenattentat auf die Warschauer Sowjetgefangenschaft.

Der Anführer verhaftet.

Wie das polnische Regierungsblatt Gazeta Polska von zureichender Seite erfährt, haben die polnischen Polizeibehörden den wahrscheinlichsten Anführer des Bombenattentates auf die Warschauer Sowjetgefangenschaft verhaftet. Der Name des Verhafteten und Ort der Festnahme werden vorläufig geheim gehalten.

Anderen Nachrichten zufolge soll man den Anführer des Bombenattentates, einen russischen Monarchisten, in Belgrad verhaftet haben. Ein polnischer Untersuchungsrichter und zwei Polizeibeamte sollen schon die Reise nach Südwesten angetreten haben. Der sozialistische „Robotnik“ meldet noch, daß die polnische Polizei im Zusammenhang mit dem Bombenattentat unter den russischen Monarchisten Wilnas Verhaftungen vorgenommen habe.

Auch England rüstet auf.

Das englische Flottenbauprogramm.

Wenn alles rüstet, kann England nicht zurückbleiben — denkt offenbar die englische Regierung. Eine Londoner Meldung besagt nämlich:

Die englische Regierung wird einen Nachtrag zum Marinebudget einbringen, in dem 208 000 Pfund Sterling für das laufende Rechnungsjahr hauptsächlich für drei U-Boote des Programms 1929 angefordert werden, deren Bau bis zum Abschluß der Londoner Seeabrüstungskonferenz verschoben worden war.

Der Erste Lord der Admiralität Alexander begründet in einer Denkschrift die bereits am 25. Juni im Unterhause mitgeteilte Absicht der Regierung, die Flotte um zwanzig Kriegsschiffe zu vergrößern. Er erklärt, diese Vermehrung sei wegen der bedeutenden Abstriche in den Marinebauprogrammen vor der Londoner Seeabrüstungskonferenz notwendig. Die Ersatzbauten für die Kreuzer und Torpedobootzerstörer könnten nicht länger verschoben werden.

Dabei wird insbesondere in England immer wieder von der Notwendigkeit der Abrüstung und der Abschaffung der Unterseeboote geredet! Theorie und Praxis sind eben zwei verschiedene Dinge!

Der „Sieg“ Macdonalds.

Bekanntlich ist die englische Regierung bei einer entscheidenden Abstimmung im Unterhaus mit nur drei Stimmen in der Mehrheit geblieben.

Wie dazu aus London gemeldet wird, wurde die Regierung bei der Abstimmung geteilt durch vier Liberale, die für sie stimmten. Die Mehrheit der Liberalen stimmte, unterstützt durch eine ausnahmsweise gute Beteiligung der Konservativen, für den liberalen Abänderungsantrag. Während der Abstimmung herrschte große Aufregung, und als die Zahlen bekannt gegeben wurden, erhoben sich die Rufe der Opposition: „Zurücktreten!“ Die Regierungsanhänger antworteten mit Gegenemonstrationen. Als Schatzkanzler Snowden sich erhob und das Haus verließ, wurde er von der Arbeiterpartei mit lauten Beifallsrufen begrüßt.

Die Leipziger Herbstmesse 1930.

— In diesem Herbst findet die Leipziger Messe vom 31. August bis 5. September statt. Die Leipziger Herbstmesse dürfte im großen und ganzen daselbe Bild bieten wie die Messe im Frühjahr. Die 40 Messehäuser der Wustermesse in der Innenstadt werden also das universale Warenangebot der deutschen und auch zahlreicher ausländischer Fertigwarenindustrien bringen, während auf der Technischen Messe und Baumeße die Produktionsmittelindustrien ausstellen werden. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die technischen Ausstellungen auf den Herbstmesen nicht den gleichen Umfang zu haben pflegen wie im Frühjahr, da auf ihnen die Großmaschinenindustrie und die Großelektrotechnik fehlen. Dafür wird jedoch in diesem Herbst die Baumeße erweitert werden. Mit der Technischen Messe und Baumeße wird wieder eine großartige Veranstaltung des Handwerks verbunden sein. Im Rahmen der Wustermesse wird die Wustermesse eine bedeutende Erweiterung erfahren. Die Reklamemesse, die im Ringmeßhaus untergebracht ist, wird eine Sonderausstellung „Jeder kann werben“ bringen, die die Reklamemöglichkeiten für den Einzelhandel und das Handwerk zeigen will. Für den Messebesucher dürfte es noch von Interesse sein, daß er während der Herbstmesse auf dem Ausstellungsgelände der Großen Technischen Messe und Baumeße auch die IFA, Internationale Pelzsch- und Jagdausstellung besuchen kann. D.M.

Vokales.

Bad Homburg, den 11. Juli 1930.

Ruhtheater.

Alfred Müller und Hans Lorenz: „Der Herr mit dem Fragezeichen“.

Nach mehrwöchiger Pause behaupteten gestern Abend wieder die Gekhener, unser Sommerensemble, das Feld der Bühne. Als südwestdeutsche Erstaufführung brachte die Truppe das dreifaktige Lustspiel „Der Herr mit dem Fragezeichen“ zur Aufführung. Die Autoren Müller und Lorenz schufen hier ein Stück, das wirklich als hundertprozentiges Lustspiel angesprochen werden darf. Frei von jedem Ballast, geleiht es uns angenehm und mühelos in Pariser Milieu. Eine Sensation führt zur anderen, vermengt mit Grotesk, Geheimnissen und sonstigen pikaresken Dingen. Der Dialog verrät, daß beide Dichter mit Bühnensachverständigen Kenntnis zu schreiben verstehen.

Die Idee des Stücks, des Herrn mit der Tarnkappe, ist gar nicht so übel. Vor macht erfindlich. Man wird Masseur — mit Maske, „behandelt“ sensationsdurstige junge Damen nach bestimmten Methoden, ist selbstverständlich Gentleman und verhält sich nach jedem Besuch das Haus der „Patientin“ mit einem schönen Erlebnis und anständigem Honorar. Allerdings wird die Sache kritisch, wenn man zur Behandlung auch bei der eigenen Frau vorsprechen muß. Die Dichter wissen aber alle Hindernisse zu überwinden, geben Herrn René tolle Ideen ein, die ihn über alles Unangenehme hinweghelfen. Lustig und zufrieden für alle Beteiligten schließt das Stück ab.

Unter der vortrefflichen Spielleitung Peter Fassols war für ein schwungvolles und frisches Abwickeln der Rollen bestens gesorgt. In Hans Tannert, dem „Fragezeichen“, erkannte man wieder den Darsteller von Formel. Seine Partnerin, Trude Heß, die übrigens — wie wir hören — in Kürze vom Gekhener Stadttheater Abschied nehmen wird — präsentierte mit Feinheit den Typ der launenhaften und hysterischen Frau. Eine tolle und elegante Erscheinung bildete Hans Hals, der Herzog, Maria Koch, die Blanche Verolier, erwies sich als vollendete Vertreterin der Pariser Gesellschaft, ebenso konnte Heinrich Hub als Jacques Verolier sehr humorvoll diese Rolle geben. Auch die übrigen Darsteller waren auf der Höhe. Das Bühnenbild war geschmackvoll gestaltet. Das Publikum, das leider nur schwach vertreten war, nahm Stück und Aufführung freudig auf und dankte den Künstlern durch starke Beifallskundgebungen.

Große Vorbereitungen zum Flugtag. Mit großem Eifer werden die umfangreichen Vorarbeiten zum Flugtag für den kommenden Sonntag getroffen. In lobenswerter Anerkennung hat sich die Freiwillige Feuerwehr von Dornholzhausen zur Sicherung des Fluggeländes neben der Polizei zur Verfügung gestellt, da zur Vermeidung von Unfällen und zum Schutze der Flur das gesamte Wiesengelände und alle dorthin führenden Wege streng abgesperrt werden. Ebenfalls aus Sicherheitspolizeilichen Gründen wird auch der Gildenbürgerweg von seiner Gabelung am Forellenteich bis zu seiner Einmündung in die Saalburgstraße sowie der sogenannte Reihbergweg an den Straßenbahnlinien bis zur Lutherkirche für die Dauer der Veranstaltung behördlich gesperrt. Das Betreten des Wiesensplans ist mit Lebensgefahr verbunden und nur den durch Armblinde gekennzeichneten Hilfsmannschaften gestattet. Da es sich hier um eine Veranstaltung handelt, die sich ausschließlich in den Dienst der Gemeinnützigkeit der Luftfahrtverbände stellt, wird es wohl wenige geben, die sich als Zaungäste im Gelände herumdrücken, zumal die Eintrittspreise von 50 Pfennig, 1 Mark und 2 Mark außerordentlich niedrig gehalten sind in Anbetracht der hohen Veranstaltungskosten. Wer sich außerdem eine besondere Vergünstigung verschaffen will, der erhält im Vorverkauf bei H. Schmidt's Buchhandlung und Cigarrengeschäft C. Bender Nachfolger, Luisenstraße, eine 20 prozentige Ermäßigung, wodurch gleichzeitig bei dem zu erwartenden Andrang eine raschere Abwicklung der Tageskasse erfolgt. Trotz des verstärkten Omnibus- und Straßenbahnverkehrs empfiehlt es sich, rechtzeitig am Platz zu sein. Die Veranstaltung beginnt um 3 1/2 Uhr und dauert etwa 2 Stunden. Die Passagiergrundflüge werden also noch bis abends ausgedehnt; es laden die schattigen Waldplätze und die Pläzierung zum weiteren Verweilen ein.

Feldberggottesdienst. Am Sonntag, den 13. Juli nachmittags 4 Uhr, findet auf dem Gr. Feldberg ein Feldgottesdienst statt. Herr Pfarrer Lippold-Homburg hat die Predigt übernommen; der Posaunenchor der Erlöserkirche wird ebenfalls mitwirken.

Vom Forellenteichbad. Die in Bad Homburg v. d. A. u. Oberursel verbreiteten Gerüchte, das Forellenteichbad sei geschlossen, sind unwahr und grundlos. Das stets mit frischem Gebirgswasser versetzte Bad wird nach wie vor viel besucht.

Gegen einen Baum rannte in der Landgrafenstraße gestern nachmittags ein Kraftwagen. Das Auto mußte mit starken Beschädigungen abgeschleppt werden. Personen wurden keine verletzt.

Isr. Kultusgemeinde. Zur Vorbereitung der Isr. Kultuswahl findet kommenden Sonntag, vormittags 11 Uhr, im Gemeindehaus eine Wahlversammlung statt.

Aus Nah und Fern.

Frankfurt a. M. (Todesfolge eines Motorabsturzes.) Der 21-jährige bei den Höchster Fachwerken angestellte Laborant Franz Dürer aus dem Stadtteil Zeilsheim stieg mit seinem Motorrad in Rüsselheim mit einem Auto zusammen. Er erlitt dabei einen Schädelbruch, der jetzt seinen Tod zur Folge hatte.

Gelnhausen. (Um den Etat der Stadt Gelnhausen.) Die Stadtverordneten saßen am Dienstag Abend die Beratungen über den Haushaltsplan fort, ohne jedoch zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen. Besonders ausführlich wurde der Abschnitt Schulwesen behandelt. Allgemein war die Ansicht verbreitet, daß die Realschule, die einen jährlichen Zuschuß von 45 000 Mark erfordert, auf die Dauer nicht gehalten werden kann, falls es nicht gelingt, Kreis und Staat an den Kosten zu beteiligen.

Kassel. (Die Gefahren begegnender Züge.) Ein Lokomotivheizer aus Kassel wollte auf der Fahrt von Gunttshausen nach hier die angelautenen Scheiben seiner Maschine abwischen, als ihm durch einen aus einem Waggon eines vorbeifahrenden Güterzuges herausragenden Gegenstand das rechte Ellenbogengelenk zerquetscht wurde. Der Verunglückte kam noch von Glück sagen, daß der Unfall nicht schwerere Folgen hatte.

Bad Wildungen. (Schönheitswettbewerb.) Während eines Festalles im Fürstlichen Badhotel wurde der „schönste Kurgast Bad Wildungen“ ermittelt. Die Wahl fiel auf Fräulein Annemarie Wiemer-Holzweiler aus Wiesbaden. Neben einem Barfisch von 200 Mark erhielt die Preisgewinnerin eine Einladung der Kurverwaltung von Baden-Walden zum Endwettbewerb für „Der schönste Kurgast Deutschlands“. Der schönste Kurgast Bad Wildungen wurde förmlich von Blumen und Geschenken überschüttet.

Marburg. (Briefstabenflug über eine Strecke von 585 Kilometer.) Die Briefstabenvereinsung „Vahnerle“ Marburg und Umgegend hatte einen Preisflug von St. Pölten in Österreich aus veranstaltet. Die ersten Tauben erreichten nach 585 Kilometer Flugstrecke mittags 2 Uhr unsere Stadt wieder. Die Tiere waren morgens 4.45 Uhr abgegeben worden und haben demnach ihren Weg trotz der großen Hitze und starken Gewitterbildungen äußerst rasch zurückgelegt.

Laubach. (Die oberheffische Einbrecherbande weiter am Werk.) Auf das Konto der Einbrecherbande, die hier und in Umkreis schon mehrfach Einbrüche ausgeführt und auch in anderen Orten Oberheffens nachts „gearbeitet“ hat, kommt offensichtlich ein neuer Einbruch, der jetzt wieder hier in dem Manufakturwarengeschäft von Sandmann nachtschwerer verübt wurde. Die Diebe nahmen ihren Weg durch verschiedene Nachbargärten und drangen von der Rückfront her in das Geschäft ein, wo sie aus dem Laden eine Anzahl Kleidungsstücke und aus dem Schreibisch im Kontor die Einnahme des Tages mitnahmen. Auch hier wieder gelang es den Einbrechern, spurlos und unbemerkt zu entkommen.

Wiesbaden. (Um den Haushaltsplan der Stadt Wiesbaden.) Bekanntlich hatte die Stadtverordnetenversammlung den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1930 abgelehnt und an den Magistrat zurückverwiesen. Der Magistrat hat in einer vor einigen Tagen erfolgten Sitzung an seinen zum Haushaltsplan 1930 gefassten Beschlüssen und Vorschlägen festgehalten und die Stadtverordnetenversammlung ersucht, ihrerseits entsprechende Beschlüsse zu fassen, wenigstens aber die Ausgaben der Stadt festzusetzen. Der Wirtschaftsausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschloß nun mit Stimmenmehrheit, der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen: „Der Wirtschaftsausschuß beantragt, in einer Neubearbeitung des Haushaltsplans nicht einzutreten, da keine Änderungen erfolgt sind und den Haushaltsplan als Ganzes abzulehnen.“

Wiesbaden. (Empfang der sudetendeutschen Sänger.) Die auf einer Deutschlandfahrt begriffenen sudetendeutschen Sänger wurden im Festsaal des hiesigen Rathauses durch Oberbürgermeister Krüde mit herzlichen Worten begrüßt.

Mainz. (Vergleich zwischen der Stadt Mainz und dem städtischen Orchester.) In der Sitzung der Deputation für das städtische Bühnen- und Musikwesen wurde einem Vergleich zugestimmt, der in der Prozeßsache mit dem Orchester bei dem Landesarbeitsgericht vorbereitet wurde. Hiernach wird dieser Streitfall ohne Entschädigung in der Weise ausgetragen, daß die Mitglieder des Orchesters anerkennen, nicht die Eigenschaft von Kommunalbeamten zu besitzen und sich bereit erklären, die zu einer zwölfmonatigen Besoldung fehlenden Mittel durch eine Verwendung außerhalb der Stadt Mainz während der Sommermonate des kommenden Jahres beschaffen zu helfen. In der gleichen Sitzung wurde die Erneuerung des Vertrages mit dem Intendanten Altsch, der ebenfalls in diesem Sommer zu Ende läuft, gutgeheißen.

Mainz. (Der Rhein fordert wieder drei Todesopfer.) Wiederum sind drei jüngere Personen beim Baden im Rhein ertrunken. Es handelt sich um einen zwölfjährigen Knaben, ein Mädchen und einen Bürogehilfen.

Mainz. (Wie die freigeordneten Besatzungsgebäude verlassen wurden.) Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, ist es unmöglich, vor dem 1. Januar die durch den Abzug der Besatzung freigeordneten zahlreichen Räumlichkeiten zu beziehen. Die Zimmer befinden sich in einem derartigen Zustand, daß die Renovierung einer völligen Neuherrichtung gleicht. — Wie wird es da erst in den Kasernen ausfallen!

Waldenhausers Pensionsforderungen zurückgeklagt.

Berlin, 11. Juli. Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Waldenhausers hat um vorläufige Zurückstellung seines Pensionsgesuches gebeten, sobald der Reichsrat sich zunächst nicht mit dem Gesuch zu befassen braucht.

Erste Sitzung des Sächsischen Landtags.

Dresden, 11. Juli. Der neugewählte Sächsische Landtag trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach mehr als einstündiger Aussprache wurde der Abgeordnete Wedel (Soz.) mit 37 Stimmen bei 32 Stimmenthaltungen zum Landtagspräsidenten gewählt. 14 Stimmen entfielen auf den Abgeordneten Kunz (Natl.) und 13 auf den Abgeordneten Hermann (Natl.). Zum ersten Vizepräsidenten wurde mit 51 Stimmen der deutschnationale Abgeordnete Dr. Ehardt, zum zweiten Vizepräsidenten mit derselben Stimmenzahl der Abgeordnete Dr. Glämann (Deutsche Volkspartei) gewählt. Im Anschluß an die Wahl gab Ministerpräsident Schick bekannt, daß das Gesamtministerium verfassungsgemäß zurücktrete. Es werde bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterführen.

Wegen Falschmünzerei verurteilt.

Frankfurt a. M., 11. Juli. Die Strafkammer verurteilte den 31-jährigen Ingenieur Rudolf Voigt wegen Falschmünzerei zu 3 Jahren Gefängnis. Er hatte etwa 995 falsche Pfennigstücke hergestellt und in Verkehr gebracht. Seine Werkstätte hatte er zeitweise in Langen.

Schweres Grubenunglück in der Provinz Sachsen.

Weißenfels, 11. Juli. Auf der Grube Paul Nr. 1 bei Lützenau wurden gestern durch eine Kohlenstaubexplosion zwei Arbeiter getötet, zwei weitere Arbeiter schwer und drei leicht verletzt. Die Verletzten sind dem Hohenmörsener Knappschaftskrankenhaus zugeführt worden.

Ein Denkmal für d'Estournelles de Constant.

Paris, 11. Juli. Am Sonntag wird in Le Mans ein Denkmal für den verstorbenen Senator d'Estournelles de Constant eingeweiht werden, der viele Jahre vor dem Kriege die führende Persönlichkeit der pazifistischen Bewegung in Frankreich war. Er sah im Vorstand der Interparlamentarischen Union und wirkte schon vor dem Kriege im Sinne einer deutsch-französischen Annäherung. Die Weiherede wird Caillaux halten. An der Feier werden Vertreter der Interparlamentarischen Union teilnehmen. Für Deutschland wird der frühere Reichstagsabgeordnete Heile erscheinen; der Vorsitzende des Deutschen Komitees für internationale Zusammenarbeit wird gleichfalls eine Ansprache halten.

Handelsteil.

Frankfurter Börsenbericht.

Frankfurt a. M., 10. Juli.

Tendenzen: fester. Die Situation um die Deckungsvorlage hat sich wieder etwas verschlechtert, eine völlige Einigung wurde noch nicht erzielt, doch war die Stimmung an der Börse weiter freundlicher, da auf der anderen Seite die selten gestrigen New Yorker Kurse und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nach Erzielung der innerpolitischen Reibungspunkte, einen Aufporn gaben. Die Tendenz war als fest zu bezeichnen, und die Spitzenwerte hatten teilweise beträchtliche Gewinne aufzuweisen. Im Vordergrund des Interesses standen, wie schon erwähnt, Elektrowerte. Während waren Siemens mit plus 6 1/2 pCt. Schudert gewonnen 5 1/2 pCt. A.G. Licht & Kraft und Gessfert lagen bis zu 3 1/2 pCt. fest. Am Chemiemarkt kam in J. G. Farben erst ziemlich spät eine Notiz zustande. Es trat ein Gewinn von 1 1/2 pCt. ein. Die übrigen Werte dieses Marktes lagen wenig verändert. Bei Holzverföhlung muß der Dividendenabzug berücksichtigt werden. Der Montanmarkt hatte nur kleinste Umsatztätigkeit; auch die Besserungen blieben gering. Auch für Kaliumwerte bestand wenig Nachfrage, doch wurden hier die Kurse bis zu ca. 8 pCt. fester tagiert. Schiffsahrtspapiere wenig verändert. Flug-Aktien lagen nach der wieder stärkeren Abschmächung von gestern wieder um 1 pCt. erhöht. Etwas schwächer eröffneten Hoch- und Tiefbau und am Kunstseidenmarkt Bemberg mit minus 1 1/2 pCt. Di. Enoleum gewannen 2 1/2 pCt. Renten RIA und ohne erwähnenswerte Kursbewegung. Im Verlaufe wurde das Geschäft wieder stiller, die Tendenz war jedoch fest. Wegen Anfang ergaben sich zum Teil weitere Kursbesserungen bis zu 1 pCt. In Spezialaktien konnte man vereinzelt erneute Dedungen feststellen. Am Geldmarkt war Tagesgeld mit 3 1/2 pCt. wieder etwas versteift.

Frankfurter Devisen.

Ämtliche Frankfurter Notierungen vom 10. Juli 1930.

London	20,374	Paris	16,470
Amsterdam	168,400	Schweiz	81,350
Stockholm	112,510	Spanien	49,250
New York	4,1880	Prag	12,425
Brüssel	58,510	Wien	59,160
Italien	21,938	Budapest	73,280

Die Notierungen verstehen sich in Goldmark für eine Einheit.
Tendenz: Nachgebend.

— **Mannheimer Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: Ochsen —, Bullen —, Kühe —, Färsen —, Kälber 54, Schafe 18, Schweine 339, Flegeln —, Ferkel und Läufer 630. Bezahlt wurden pro 50 Kg. Lebendgewicht: Kälber b) 68–70, c) 62–66, d) 54–58; Schafe b) 48–50; Schweine nichts notiert; Ferkel bis 4 Wochen 16–23, über 4 Wochen 25–31; Läufer 33–43. — **Marktwertung:** mit Kälbern ruhig, langsam geräunt, Ferkel und Läufer ruhig.

— **Berliner Produktenmarkt.** (Notierungen in 100 Kilo ab märkischer Station in Reichsmark.) Weizen märk. Juli 28.35–29.10; Roggen märk. 17.20–17.70; Futtergerste 16.00–19.00; Hafer märk. 16.00–16.60; Weizenmehl 32.50–40.50; Roggenmehl 22.65–25.25; Weizenkleie 10.25–10.75; Roggenkleie 9.75–10.50; Viktoriaerbsen 22.00–29.00; kleine Erbsen 21.00–25.00; Futtererbsen 18.00 bis 19.00; Wicken 19.50–22.00; Lupinen blau 19.00–20.00; Lupinen gelb 23.00–24.50; Rapssamen 10.60–11.80; Leinsamen 15.80 bis 16.50; Trodenkorn 8.00–9.00; Sojabohnen 13.80–15.00.

Deutsche Missionare auf Neuguinea.

— In der lutherischen Mission auf Neuguinea finden wir ein Zusammenwirken von Reichsdeutschen (70 Männer und Frauen), Deutschamerikanern (20 Personen) und Deutschaustralern (20 Personen) — ein interessantes Beispiel für die Weltverbreitung des Christentums. Die Reichsdeutschen sind von Neudettelsau gesandt, die Deutschamerikaner gehören der lutherischen Zionskirche an, die demnächst in der American Lutheran Church aufgehen wird, die Deutschaustralier zur UERVA, der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche. Man zählt im Missionsgebiet (Finschhafen und Madang) 25 254 Getaufte.

Briefkasten.

B. A. Wenden Sie sich in der Angelegenheit an das Handwerksamt. Wir sind der Ansicht, daß sich z. B. ein pensionierter Beamter, der sich die Kenntnisse eines Gewerbes voll angeeignet hat, wohl als Fachmann ausgeben darf. Allerdings ist ihm die Einstellung von Lehrlingen, da er keinen Meisterbrief trägt, untersagt.

Kirchliche Anzeigen.

Gottesdienst in der evangelischen Erlöserkirche.
Am Freitag, den 11. Juli Vorbereitung zum Abendgottesdienst.

Letzte Nachrichten.

Albert Thomas in Berlin.

Berlin, 11. Juli. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas ist heute in Berlin eingetroffen. Er befindet sich auf der Durchreise vom internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm und wird sich einen Tag in Berlin aufhalten. Bei dieser Gelegenheit wird er dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister einen Besuch machen.

Der Dank des amerikanischen Geschwaders.

Riel, 11. Juli. Der Chef des aus Riel ausgelaufenen amerikanischen Geschwaders, Admiral Cluverius, richtete an den Chef der Marinestation der Ostsee Konteradmiral Hansen, folgenden Funkpruch: Beim Abschied von Riel erwidere ich Ihre guten Wünsche und danke Ihnen für die überaus gastliche Aufnahme. Wir scheiden mit lebhaftem Bedauern und hoffen, Sie bald wiederzusehen.

Zuchthausurteil gegen Beamte eines Arbeitsamts.

Esleben, 11. Juli. Nach 14-tägiger Verhandlung wurde im Prozeß wegen der Unregelmäßigkeiten im Arbeitsamt Mansfeld das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: Der Vorsitzende des Arbeitsamtes Regierungsrat Winkler zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre, der zweite Vorsitzende Reimke zu drei Jahren Zuchthaus, 6000 Mark Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre, der Leiter der Zweigstelle Mäßen, Falkenhorst, zu zwei Jahren Zuchthaus, 6000 Mark Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen

Ehrenrechte auf drei Jahre. Die übrigen sechs Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von einem Jahr drei Monaten bis herab zu einem Monat. Einer von ihnen erhielt eine Zuchthausstrafe von einem Jahr zwei Monaten. Die Beamten und Angestellten hatten Vorschüsse auf das Gehalt entnommen, wodurch Fehlbeträge entstanden. Ferner handelt es sich um buchmäßige Verschleierung der Fehlbeträge, fingierte Erwerbslosenanträge, Vernichtung von Belegen, Fälschung von Zahlkarten, Unterschlagung von Postaufträgen, fingierte Reisekosten und dergleichen.

Die Paratyphusfälle in Darmstadt.

Darmstadt, 11. Juli. Während nach wie vor die an Paratyphus im Elisabethenstift erkrankten Personen auf dem Wege der Besserung sich befinden, sind zwei Frauen, die an sich die Infektion überstanden hatten, im Alter von 84 und 79 Jahren an Entkräftung verstorben. Gleich gefährdet ist eine 94-jährige Insassin des Stifts.

Tromsø, 11. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ passierte Donnerstag um 10 Uhr weit auf See die Stadt. Bei dem herrschenden Nebel war jedoch eine Beobachtung des Luftschiffes unmöglich. Bei herrlichem Wetter überflog dann der „Graf Zeppelin“ um 1/11 Uhr die Stadt Hammerfest, warf einen Postbeutel ab und nahm dann Kurs auf das Nordkap.

Der Boykott der englischen Baumwolle in Indien.

Bombay, 11. Juli. Die Einfuhr an englischen Baumwollwaren ist in den Monaten April und Mai gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 23,5 Prozent gesunken. Man führt dies auf den Boykott englischer Gewebe zurück.

Die Arbeiten der französischen Kammer.

Paris, 11. Juli. Der Vizepräsident der Kammer hat heute vor Beginn der Kammer Sitzung sich mit Ministerpräsident Laroque über das noch im Laufe dieser Woche zu erledigende Arbeitsprogramm geeinigt, weil aller Voraussicht nach bereits am Samstag das Dekret betreffend die Schließung der parlamentarischen Session verlesen werden wird. Unter den noch zu erledigenden Arbeiten befinden sich der Gesetzentwurf über die Bewilligung von Zusatzkrediten für die nationale Verteidigung, eine Interpellation über den Streik der Postbeamten und angestellten und der Gesetzentwurf über die Aufhebung von Kolonialanleihen.

Spinale Kinderlähmung im Elsaß.

Strasbourg, 11. Juli. Die Strassburger Kinderklinik berichtet gegenwärtig 32 an spinaler Kinderlähmung erkrankte Kinder. Jetzt wurden 13 neue Fälle im Unterelb festgestellt. In einem Strassburger Vorort ist ein Krankheitsfall bereits tödlich verlaufen.

Eine offizielle ungarische Erklärung gegen die Zeitung „Pravo Vudu“.

Budapest, 11. Juli. Eine offizielle Verlautbarung nimmt in scharfer Form dagegen Stellung, daß das Prager Blatt „Pravo Vudu“ im Zusammenhang mit der ungarischen Adnassfrage seit Wochen tendenziöse Alarmnachrichten veröffentlicht. Die neueste Sensation des Blattes sei eine angebliche Deklaration, die von den ungarischen Monarchisten am Geburtstag des Erzherzogs Otto verkündet werden solle. Es liege auf der Hand, daß diese angebliche Deklaration in der Redaktion des „Pravo Vudu“ angefertigt sei.



Große Pudding-Werbe-Woche mit Gratis-Kostproben.

Freitag, den 11. Juli bis Samstag, den 19. Juli

Epokaufpreise für Pudding-Pulver

Puddingpulver m. Vanillegeschmack	Pfd. nur 42.-
Puddingpulver m. Mandelgeschmack	Pfd. nur 42.-
Puddingpulver m. Himbeergeschmack	Pfd. nur 42.-
Puddingpulver m. Zitronengeschmack	Pfd. nur 42.-
Puddingpulver m. Schokoladengeschm.	Pfd. nur 52.-
Kartoffelmehl	Pfd. nur 28.-
Vanille-Soßen	6 Pakete nur 25.-

Für die Einmachzeit:

Kulzucker	Pfund nur 35.-
Kristallzucker	" " 33.-
Zucker gem.	" " 35.-

Thams & Garfs

gegenüber dem Kurhaus

Telefon 2089

Sonntag, den 13. Juli 1930 Bei jeder Witterung

Große Flugveranstaltung

mit Fallschirmabsprung, Freiflugverlosung und Sonderprogramm auf den „Braumanns-Wiesen“. Eingang Wasserwerk - Gildensöllerweg.

Bad Homburg — Dornholzhausen

Direkter Omnibus- und Straßenbahnverkehr

Schattige Waldplätze

Restaurations

Passagierrundflüge

über Bad Homburg — Saalburg — Taunus — Oberursel

Eintrittspreise: Startplatzplatz 2.—, Mittelplatz 1.—, Randplatz u. Schüler 0.50 Mk

Veranstalter: Luftdienst Mittelrhein G. m. b. H. Flughafen Wiesbaden

Vorverkauf: Buchhandlung F. Schild und Cigarrengeschäft C. Bender Nachf. Luisenstr.

Bekanntmachung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen zu Friedrichsdorf am 12. Juli 1930 vormittags 10 Uhr im Rathaus die Räumlichkeiten der Geschäftsanstalt der Fa. Milupa Schokoladenfabrik G. m. b. H. in Friedrichsdorf öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Bad Homburg v. d. H., den 11. Juli 1930.

Schneider

Obergerichtsvollzieher

Großer Preisabschlag!
Ia. Mastochsenfleisch
per Pfd. 80 Pfg.

Herrn. Niklas
Wallstr. 33.

Heimarbeit

schriftl. Vitalis-Verlag
München C 4

Ia
Industrie-Kartoffeln

Süßner-, Rüben- u.

Taubenfutter

Torfmüll usw. empfiehlt

Jean Kofler

Ferd. Anlage 21, Tel. 2333

Beien
Schlaf-, Kinderbetten, Stühle,
Tische, Kleider, an jedem Tag
Katalog gratis

Für Kinder- und Wochenbettspflege

Gummi-Unterlagen, Windelhosen
Seife, Windeln, Bade- u. Fieberthermometer, Sauger, Milchflaschen u. s. w.
Babywagen (auch z. verleih.)



Sanitätshaus C. Ott G.m.b.H.

Derzog am 2. u. 3. d. Monats nach

Kaiser-Friedrich-Promenade 16
(Nähe der Halex-Fabrik)

Dr. med. Albrecht Sonntag
Augenarzt, Bad Homburg

Wahlversammlung

Zur Vorbereitung d. Israel. Kultuswahl am 20. 7

findet eine Wahlversammlung am 13. Juli 1930, vormittags 11 Uhr, im Gemeindehause statt, wozu einladet

der Vorstand.

Warnung vor Hausierern, die
fälschter Zeugnisse wertlose Gasparier für
teures Geld zu verkaufen versuchen.

Es wird gebeten, uns Name u. Wohnort des Hausierers mitzuteilen, damit Anzeige erstattet werden kann.

Stadt. Gas- und Wasserwerke.

Druck und Verlag Otto Wagenbreth Bad Homburg.
Verantwortlich für den redaktionellen Teil: E. Herz Bad Homburg; für den Inseratenteil: Jakob Klüber, Oberursel

Unterricht

in techn. Fächern
(Zeichnen, Rechnen,
Konstruktion usw.) wird
von Fachmann erteilt.
Anr. erb. u. 17 a. d. Exped.

Schallplatten

auf Teilzahlung!
Neueste elektr. Aufnahmen
liefern ich an Private gegen
8 Monatsraten.
Verla. Sie Katalog gratis
J. OSTERN
Wiesbaden, Emserstr. 24

Hypothekenskapital

auf gute Objekte und an pünktliche Zinszahler
zu günstigen Bedingungen auszuleihen durch

H. C. Ludwig,

Luisenstraße 103

Telefon 2257

Radfahrer! Tausende von
Fahrrädern wurden im vergangenen Jahre gestohlen

Versichere deshalb Dein Rad bei der „Carolus“
(Vers. A. G. Fm.)

Bezirksvertretung: Fritz Acher
Bad Homburg, Glucksteinweg 8

Tel. 2312

Die Bergwerk-Katastrophe in Schlesien.

Ein verheerender Kohlenfäureeintrich. — Über 150 Bergleute im Schacht erstickt. — Schwierige Rettungsarbeiten.

Der deutsche Kohlenbergbau ist wieder von einem furchterlichen Unglück betroffen worden, dessen Ausmaß es zu einer der größten Bergkatastrophen stampelt, die je im schlesischen Bergbau vorgekommen sind. Der Kohlenfäureausbruch auf der Kurt-Schachtanlage der Wenzelsgrube in Hausdorf, Kreis Neutode, ereignete sich gegen 16.05 Uhr während der Arbeiten, und zwar in der 17. Steigerabteilung im Wenzelsgrubensystem.

In Mitleidenschaft gezogen waren zwei Steigerabteilungen, die 17. und 18. Abteilung, mit zusammen etwa 200 Mann. Von diesen sind aller Wahrscheinlichkeit 145 der Katastrophe zum Opfer gefallen. Lebend geborgen sind bisher 56 Mann. Die gesamte 17. Steigerabteilung von 83 Mann ist aller Voraussicht nach ums Leben gekommen. Die Rettungsarbeiten mußten einige Zeit unterbrochen werden, weil erst die Entgasung der Abteilungen vorgenommen werden muß, bevor die Rettungsmannschaften wieder eingesetzt werden können.

Das Neutoder Revier ist durch Kohlenfäureausbrüche besonders gefährdet. Die von der Bergbehörde dagegen getroffenen Maßnahmen haben sich in vielen Fällen bewährt. Der jehige Ausbruch im Kurt-Schacht war aber von einem Ausmaß, wie er bisher in europäischen Revieren überhaupt noch nicht beobachtet wurde.

Als bald nach Bekanntwerden der Katastrophe begann die Rettungsaktion, an der sich Mannschaften aus dem gesamten Revier und Feuerwehreinheiten beteiligten.

Von der 193 Mann starken Belegschaft der Abteilungen 17 und 18 konnten bisher nur 56 gerettet werden, die im Neutoder Knappschaftslazarett Aufnahme fanden, und für die nach ärztlicher Ansicht keine Lebensgefahr besteht. An Toten wurden 81 geborgen. Alle, die bisher noch nicht über Tag befördert werden konnten, befinden sich in der Abteilung 18, die vollkommen unter Kohlenfäuregas liegt, weshalb die Rettungsarbeiten nach 12 Uhr abgebrochen wurden, da ein weiteres Vordringen der Rettungsmannschaft mit Lebensgefahr verbunden war.

Die Leitung der Rettungsaktion ist der Ansicht, daß sämtliche noch unter der Erde befindlichen Bergleute als tot zu betrachten seien. Es ist demnach anzunehmen, daß die Zahl der Todesopfer über 150 betragen wird. Wann es möglich sein wird, die Rettungsarbeiten fortzusetzen, steht zur Zeit noch nicht fest, da erst der Versuch unternommen werden muß, den Kohlenfäuregasen in der Abteilung 18 Abzug zu verschaffen. Von der Rettungsmannschaft sind einige Personen schwer verletzt. Im Knappschaftslazarett wurden 59 Tote aufgebahrt, von denen bisher 51 identifiziert werden konnten.

Da es an Raum mangelte, mußten die Toten zum Teil im städtischen Krankenhaus untergebracht werden. Die Erregung unter der Bevölkerung ist naturgemäß sehr groß.

Der Reichspräsident zur Bergwerk-Katastrophe in Schlesien.

Der Herr Reichspräsident hat an den Regierungspräsidenten in Breslau folgendes Telegramm gerichtet:

Tief erschüttert durch die Nachricht von dem schweren Unglück, welches das schon so schwer heimgegriffene Neutoder Revier durch die Katastrophe auf der Wenzelsgrube erneut betroffen hat, bitte ich Sie, den Hinterbliebenen der ums Leben gekommenen Bergleute den Ausdruck meiner aufrichtigen Teilnahme und den Verletzten meine besten Wünsche für baldige Wiederherstellung zu übermitteln. Gott gebe, daß die noch in der Grube eingeschlossenen Bergleute gerettet werden. Als Beitrag zur ersten Hilfeleistung für die Hinterbliebenen lasse ich Ihnen sofort einen Betrag von 10 000 Mark überweisen.

gez. von Hindenburg, Reichspräsident.

Das Lübeder Kindersterben.

Eine Erklärung des Reichsinnenministeriums.

Zu dem Kindersterben in Lübed verbreitet das Reichsministerium des Innern eine Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß die Untersuchung über die Angelegenheit als-

balb ohne Schonung jeder Person vorgenommen wurde. Bezüglich der wissenschaftlichen Seite der Angelegenheit wird erklärt, daß die Galmette-Kultur vom Institut Pasteur in Paris einwandfrei geliefert worden sei, daß sie aber bei der Weiterzucht in Lübed eine Verunreinigung erfahren habe. Eine Verschleimung der wissenschaftlichen Untersuchung lasse sich leider nicht herbeiführen, da es sich um bakteriologische Vorgänge handle, bei denen jeder Versuch einer derartigen Beeinflussung sich von selbst ausschließe. Die Frage, ob in Lübed alles geschehen sei, um die Schutzbehandlung nach Galmette einwandfrei durchzuführen, das sei in erster Linie Sache des Staates Lübed.

Es hätten sich leider jetzt schon eine Reihe von Beanstandungen herausgestellt. Die gesundheitliche Überwachung der Schutzbehandelten Kinder sei nicht ausreichend gewesen. Die Vernichtung des verwandten Schutzstoffes durch Professor Deyde müsse als bedenklich bezeichnet werden, doch werde durch die Vernichtung die Aufklärung der Angelegenheit nicht beeinträchtigt. Nicht zu rechtfertigen sei, daß, nachdem am 26. April die Schädlichkeit des verwandten Schutzstoffes erwiesen gewesen sei, noch einige Dosen des Schutzstoffes in den Händen von Hebammen verblieben seien. Endlich sei zu beanstanden, daß die für die Durchführung der Schutzbehandlung Verantwortlichen der zuständigen Stelle in Lübed von den eingetretenen Schädigungen zu spät Kenntnis gegeben hätten.

Die Reichsmedizinalverwaltung sei erst am 14. Mai unterrichtet worden. Inwiefern diese Beanstandungen für die Verantwortung der Schuldfrage heranzuziehen seien, werde in den eingeleiteten strafrechtlichen Verfahren festzustellen sein.

Aus aller Welt.

□ Mutter und Kind verbrannt. Wie aus Rikna u Kreis Schlochau, gemeldet wird brach auf einem Schmiedegrundstück ein Feuer aus, das sich mit außerordentlicher Schnelligkeit auf das benachbarte Gemeindegelände, in dem die Schuhmacherfamilie Jahn wohnte, ausbreitete. Jahn und seiner Frau gelang es, durch das Fenster den Flammen zu entkommen, das 13 Monate alte Kind war in dem brennenden Hause zurückgelassen worden. Bei dem Versuch, ihr Kind zu retten, fand Frau Jahn mit dem Kinde den Tod in den Flammen. Dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr gelang es, zwei durch die Flammen bedrohte Nachbarhöfe zu schützen.

□ Malereien aus dem 13. Jahrhundert in Vornia entdeckt. Bei den Vorarbeiten zur Restaurierung der aus dem 12. Jahrhundert stammenden romanischen Kunigundentirche in Vornia wurde unter der weißen Gipsfläche der Mauerwände eine Anzahl künstlerischer Malereien von historischem Wert entdeckt. Nach den bisherigen Feststellungen durch Restaurierungsmeister Högg-Tresden handelt es sich um bildliche Darstellungen aus dem 13. Jahrhundert. Das größte Bild stellt den Christus am Kreuz dar, der mit dem grünen Stab in der Hand das Kreuz durch das Wasser trägt. Das zweite Bild trägt ein Marienbild, von einem flammenden Strahlenkranz umgeben. Das dritte Bild gibt die Kreuzigung wieder. Ferner fand man eine Christusgestalt und drei Heiligenbilder. Man will versuchen, die Bilder völlig freizulegen und zu konservieren.

□ Flugzeugunglück. Ein Flugzeug der französischen Fernman-Linie, das vom Amsterdamer Flughafen nach Paris gestartet war, mußte in der Nähe von Valsmeer eine Notlandung vornehmen. Die Maschine überschlug sich und wurde schwer beschädigt. Dabei fand der Mechaniker den Tod, während der Pilot und der Funker verletzt wurden.

□ Ein großer Schlag der amerikanischen Prohibition. Eine Luxusjacht mit alkoholischen Getränken traf aus Scarborough, eines hauptsächlich von Angehörigen der höheren Gesellschaftskreise bewohnten Ortes, bei New York ein. Prohibitionsschiffe beschlagnahmten mit Unterstützung von Militär und Polizei die Jacht und außerdem ein Motorboot und mehrere Automobile, die die eingeschmuggelten Spirituosen im Gesamtgewicht von etwa einer halben Million Dollar weiterbefördern sollten. 25 Personen wurden verhaftet. Eine von ihnen wurde durch einen Schuß verletzt.

Ihre Blicke wurzelten tief ineinander. Langsam errödete Jod unter dem strengen Blick des Geliebten — und langsam wich alles Blut aus dem bräunlichen Antlitz des Inspektors. Der Ausdruck seiner Züge wurde hart.

„Ist das wahr?“ fragte er eilig.

Jod senkte den Kopf, wie bei einer schweren Untat ertappt. Harlessen trat zurück.

„Ich bitte um Verzeihung, Durchlaucht — darauf war ich nicht gefaßt!“

Brinz Gunther in seiner dunklen Ecke schmunzelte. Jamoser, junger Mann! Nun, Brinzchen, das hast du davon! Wie würde der Trostlopf sich jetzt wohl benehmen?

Aber da war kein Trostlopf, sondern nur ein verschüchtertes, blutendes Mädchen. Sie hielt die Hand, die sich ihr entziehen wollte, sehr kräftig und sehr zärtlich fest. „Norman“, flüchte ein weiches Stimmchen, „vergib — ich will dir alles erklären!“

„Geben Sie meine Hand frei, Durchlaucht!“ forderte Harlessen verlegen und gequält.

„Aber als man mich für eine Diebin hielt“, fuhr Jod fort, ohne seinem Wunsch im geringsten entgegenzukommen, „da hast du dich zu mir bekennt. Norman, hast du mich denn weniger lieb, weil ich vornehmer bin, als du erwartest hast?“

„Ich kannte Euer Durchlaucht zu gut, um an die Möglichkeit glauben zu können, Durchlaucht seien eine Diebin; aber für eine Prinzessin Hochdahl wird man geeignete Partien zu finden wissen. Es bedarf keiner Worte, zu versichern, daß Euer Durchlaucht, trotz meiner übereilten Erklärung vorhin, völlig frei sind. Die Worte galten der armen Gouvernante!“

„Nein, nein, nein!“ schluchzte Jod auf. „Dann will ich ewig Meier heißen. Weib! bei mir, Norman! Großvater ist mit allem einverstanden, was ich will.“

Leider, dachte Brinz Gunther amüsiert. Die Sache machte ihm Spaß. Wie hübsch der befehlsgewohnte Mund bitten konnte!

Ernst-August aber sagte ernst: „Und Euer Durchlaucht Bruder?“

□ Bau einer neuen persischen Stadt. Das persische Parlament hat den Vorschlag des Finanzministeriums angenommen, in der Nähe der im Mai d. Js. durch ein Erdbeben zerstörten Stadt Salmas eine neue Stadt zu bauen und sie nach dem Kronprinzen Schahpur zu benennen. In Zukunft wird es eine Stadt namens Salmas nicht mehr geben. Die Sachverständigen erklären, daß das ausgewählte Gebiet in Zukunft von Erdbeben wahrscheinlich nicht mehr betroffen werden wird.

Die Lehrlinge in der RfV.

Nach dem Angestelltenversicherungsgezet sind Lehrlinge, die sich in der geregelten Ausbildung zu einem Angestelltenberuf befinden, versicherungspflichtig, wenn die übrigen Voraussetzungen der Versicherungspflicht gegeben sind, u. a. also auch eine Tätigkeit gegen Entgelt ausgeübt wird. In ihrer Verwaltungspraxis verneinte die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bisher die Versicherungspflicht, wenn das Entgelt den Betrag von 10 Reichsmark monatlich nicht überschritt und die Beteiligten diese Summe nur als Taschengeld betrachteten. Aus dieser Auslegung ergaben sich für die Lehrlinge vielfach Härten und Schwierigkeiten. Vor allem bestand die Gefahr, daß ihnen drei Versicherungsjahre der Angestelltenversicherung verloren gingen. Auf das später zu gewöhnende Ruhegeld übte dies zwar keinen großen Einfluß aus, erhebliche Nachteile ergaben sich aber hinsichtlich des Heilverfahrens.

Die Vehrzeit und die damit verbundene Veränderung der Lebensbedingungen und Lebensweise stellen in der Regel erhebliche Anforderungen an den Vehrting und verursachen oft genug Schäden, die sich später verhängnisvoll auswirken. Dem könnte vielfach durch ein Vehrverfahren entgegen gewirkt werden. Diese Leistung der Angestelltenversicherung entgeht aber dem Vehrting, wenn eine der Voraussetzungen dafür, nämlich die Entrichtung von 12 Beiträgen in den letzten drei Jahren, nicht erfüllt ist.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Reichsversicherungskassast für Angestellte die bisherigen Standpunkte wenigstens zum Teil geändert hat, sie hat nämlich vor kurzem bestimmt, daß bei einem tariflichen Anspruch auf einen — wenn auch nur geringen — Barbezug z. B. bei Kaufmannslehrlingen, regelmäßig Versicherungspflicht anzunehmen ist, ebenso dann, wenn schriftlich ein regelmäßiges Entgelt vereinbart ist. Das bedeutet also, daß jetzt Versicherungspflicht auch für die Vehrtinge bestehen kann, die weniger als 10 Reichsmark monatlich erhalten. Voraussetzung dafür ist aber, daß dieser Betrag tariflich oder schriftlich vereinbart ist und als Entgelt bezeichnet wird. Die Versicherungsfreiheit besteht aber nach wie vor für diejenigen Vehrtinge, für die ein Barbezug nicht vereinbart ist und die nur ein „Taschengeld“ von nicht mehr als 10 Reichsmark erhalten.

Die Wartezeit in der Arbeitslosenversicherung.

Bevor jemand, der aus einem Arbeitsverhältnis entlassen ist, Arbeitslosenunterstützung erhalten kann, muß er grundsätzlich eine je nach der Anzahl seiner Angehörigen abgestufte Wartezeit von 3 bis 14 Tagen durchmachen. Ursprünglich war in dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorgesehen, daß die Wartezeit dann fortfällt, wenn die Arbeitslosigkeit in unmittelbarem Anschluß an eine Beschäftigung von weniger als sechs Wochen eintritt. Die Novelle zum Gesetz, die im vorigen Herbst erlassen wurde, hat diese Bestimmung dahin verschärft, daß auch nach kurzfristigen Arbeitsverhältnissen

„Ach Gott, Gunther!“ sagte das unartige Brinzchen wegwandernd.

„Na, hör' mal, Kleine, nun sei aber nicht gar so böse gegen mich!“ lachte Gunther ein wenig und trat ins Licht.

„Gunther!“ schrie Jod auf.

„Ich habe Anspruch auf Dank, Jod! Ich habe dir den Arzt besorgt.“

Aber Jod hörte nicht mehr.

Sie lag in Harlessens Arm, der die Hingeleitende noch eben auffangen konnte, blaß und brennungslos. Man trug sie auf ein Ruhebett, und Doktor Mertens bemühte sich um sie.

„Das gibt Influenza, wenn es gut geht; aber wir müssen auch mit einer Lungenentzündung rechnen“, sagte er und erzählte, zusammen mit Gunther, wie das tapfere Mädchen durch Wind und Wetter sich hindurchgekämpft, um die notwendige Hilfe zu holen.

Die Baronin schluchzte in ihr Taschentuch. Edith und Edelgard machten große Augen.

Vera aber sah an Jods Seite und legte ihr kühlende Kompressen auf die immer heißer werdende Stirn.

Das ist für Mechtild eine bittere, aber gute Medizin, dachte sie grimmig. Diese hochmütige Gans! Das konnte man doch gleich sehen, daß man einen vornehmen Menschen vor sich hatte, egal, ob er Meier oder sonstwie hieß.

Mitten in der Nacht — alle hatten sich zur Ruhe gelegt, nur die Baronin wachte bei Heinz und Vera bei Jod — wurde noch einmal Einlaß in Schloß Verenberg begehrt. Ein Telegramm an „Fräulein Meier“ gelangte zur Abfertigung.

Die Baronin öffnete es.

„Erste Nachricht irrtümlich Summe überwiesen“, lautete es und kam von einer großen Bank aus Köln. Kopfschüttelnd legte die Baronin es zur Seite. Sie wußte nicht mehr, was sie zu dem alles sagen sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Gouvernante

ROMAN VON ERIKA FORST

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Jod war sehr blaß. Ihr lockiges Haar, noch frisch, klebte an ihrem Köpfchen, so gut sie auch versuchte, es mit einem Handtuch trocken zu reiben. Obwohl sie nun die Kleider gewechselt hatte, froh sie am ganzen Körper und glitzerte wie Espenlaub. Alle verstummten, als sie eintrat — nur der alte Arzt sprang auf und machte der Durchlaucht eine ungraziöse, aber ehrerbietige Reverenz.

„Wie ist's mit Baron Heinz?“ fragte sie mit müdem Stimmchen.

Ernst-August schob ihr einen Sessel hin.

„Sind Sie krank?“ sagte er besorgt.

„Ich habe mich wohl erkältet; es war ein furchtbares Unwetter. Jod hat es aber nichts geschadet. Und was sagt der Herr Doktor zu der Verwundung?“

Der Arzt berichtete kurz und in einem sehr formell ehrfurchtsvollen Ton, daß es sogar Jod auffiel. Weiß er denn schon, wer ich bin? dachte sie lächelnd.

Die Baronin machte große Augen. Harlessen aber trat mit ruhiger Verständlichkeit neben das junge Mädchen. Er nahm ihre Rechte zärtlich zwischen seine beiden warmen, treuen Hände.

„Dast du“, sagte er ernst, „bei diesem Wetter den Arzt geholt?“

Jod nickte. Ernst-August aber wandte sich brüsk um.

„Herr von Harlessen, was berechtigt Sie zu dieser Anrede?“

„Fräulein Meier ist meine Braut!“ entgegnete Norman von Harlessen mit ruhiger Selbstverständlichkeit.

Der junge Baron lächelte fast.

„Es gibt hier kein Fräulein Meier. Meinen Sie Ihre Durchlaucht die Prinzessin Jod von Hochdahl?“

Harlessen sah Jod an

nissen eine Wartezeit durchzumachen ist, daß sie sich aber, wenn die letzte Beschäftigung weniger als sechs zusammenhängende Wochen gedauert hat, um so viele Wartetage verkürzt, wie der letzten Beschäftigung vorausgegangen sind.

Einige Arbeitsämter haben diese Bestimmung entsprechend ihrem Wortlaut dahin ausgelegt, daß bei kurzen Zwischenbeschäftigungen in einer Zeit der Arbeitslosigkeit nach jeder zweiten Beschäftigung eine Wartezeit durchzumachen sei, in der Annahme, daß jedesmal nur die das vorige Mal durchgemachten Wartetage angerechnet werden könnten. Das müßte zur Folge haben, daß die Bereitwilligkeit der Arbeitslosen, kurzfristige Zwischenbeschäftigungen von einigen Tagen anzunehmen, stark beeinträchtigt würde, denn sie müßten damit rechnen, daß sie z. B. nach drei Tagen Arbeit sieben Tage Wartezeit ohne Verdienst und ohne Unterstützung durchzumachen müßten.

Jetzt ist eine grundsätzliche Entscheidung des Spruchsenats beim Reichsversicherungsamt, der obersten Instanz in der Arbeitslosenversicherung, dahin ergangen, daß die Vorschrift wesentlich milder auszulegen ist, nämlich dahin, daß nicht nur Wartetage, die bei der letzten Unterstützung vor einer Zwischenbeschäftigung durchgemacht sind, bei neuer Arbeitslosigkeit anzurechnen sind, sondern alle Wartetage, die innerhalb einer Unterstützungsperiode überhaupt zurückgelegt wurden. Demnach ist die Wartezeit, wenn nicht Zwischenbeschäftigungen von mindestens sechs Wochen dazwischenliegen, innerhalb einer Unterstützungsperiode (20 Wochen Unterstützung) regelmäßig nur einmal durchzumachen. Nur wenn durch eine erneute wöchentliche versicherungspflichtige Beschäftigung eine neue Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erworben ist, muß auch eine neue Wartezeit durchgemacht werden. Die Entscheidung ist sehr zu begrüßen, weil sie dem praktischen Bedürfnis entspricht, d. h. die Bereitwilligkeit, kurzfristige Zwischenbeschäftigungen anzunehmen, zu stärken geeignet ist. Sie geht sogar so weit, Wartetage anzurechnen, die überhaupt nicht durchgemacht sind, sondern aus besonderen Gründen, die das Gesetz aufzählt, z. B. bei Arbeitslosmeldung im Anschluß an eine mindestens 14tägige Krankheit, erlassen sind, so daß auch in solchen Fällen nach kurzen Zwischenbeschäftigungen keine neue Wartezeit durchgemacht werden muß.

Befreiungsturm am Rhein.

Mainz, 11. Juli. Die rheinischen Heimatvereine werden am Sonntag den Grundstein zu einem großen rheinischen Befreiungsturm auf der Berggruppe bei Heidesheim errichten. Dieser Befreiungsturm wird ein großes F (Frei) als Zeichen der Befreiung tragen. Sämtliche deutschen Heimat- und Wandervereine werden zur Grundsteinlegung dieses Befreiungsturmes Abordnungen nach Heidesheim senden. Der Turm wird 15,5 Meter hoch sein und im Innern so große Ausmaße haben, daß für 30 bis 40 Personen Übernachtungsmöglichkeiten, in erster Linie für jugendliche Wanderer, gegeben sind.



Meisterschaft der „Schlaupöple“.

Einer der sonderbarsten Wettbewerbe fand in Paris statt. Es war ein Rennen der „Schlaupöple“. Den Wettbewerbern waren alle nur erdenklichen Hindernisse in den Weg gelegt worden, die sie vermöge ihrer Schlaupöple bewältigen mußten.

Im Dienste des Nächsten.

Zur Rettung Schiffbrüchiger.

In Stuttgart hielt der Geschäftsausschuß der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger seine Versammlung ab. Auf dem Begrüßungsabend wurde ein Lehrfilm zur Rettung Schiffbrüchiger gezeigt, der die Rettung durch Raketenapparate und Boote veranschaulicht. In der geschäftlichen Beratung gedachte der Vorsitzende zunächst des Ablebens der seit der letzten Tagung verstorbenen Mitarbeiter und widmete dabei auch warme Gedanken dem verstorbenen Ehrenpräsidenten des Vereins, Prinzen Heinrich von Preußen, der seit 1881 die Ehrenpräsidentschaft innehatte.

Sodann erstattete Generalsekretär Mößing den Jahresbericht. Danach haben die Rettungstationen im vergangenen Rechnungsjahr in acht Strandungsfällen

33 Personen aus Not gerettet,

davon 30 durch Rettungsboote und 3 durch Raketenapparate. Damit ist die Gesamtzahl der seit Gründung der Gesellschaft Geretteten auf 5236 gestiegen. Die Zahl der Rettungstationen beträgt 115 gegen 117 im Vorjahre. 76 Stationen befinden sich an der Ostsee, 39 an der Nordsee. 61 Stationen sind Doppelstationen, ausgerüstet mit Booten und Raketenapparaten, 39 Bootstationen und 15 Raketenstationen. Die Zahl der Rettungsboote ist von 21 auf 27 gestiegen.

Das vergangene Jahr hat einen bedeutenden Fortschritt in der Ausrüstung der Rettungsboote, u. a.

durch technisch hochwertige Motorrettungsboote, gebracht. Der Wiederaufbau des deutschen Küstenrettungswesens soll im laufenden wie auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Die neue

von Ingenieur Sander konstruierte Rakete

soll erst nach und nach auf den Rettungsstationen eingeführt werden, entsprechend dem Verbrauch der noch vorhandenen Ausrüstungen mit alten Raketen. Die neue Raketenpistole, die bereits auf Seeschiffen zur Befestigung einer Verbindung mit dem Lande in Gebrauch ist, wird, da sie aus freier Hand abgefeuert werden kann, eine Verbesserung bringen. Sie trägt eine Leine bis zu 200 Metern.

Die von dem verstorbenen Ehrenpräsidenten, dem Prinzen Heinrich von Preußen, im Jahre 1911 gestiftete Medaille zur Anerkennung besonders mutiger Taten im Küstenrettungsdienst wird von der Prinzessin Heinrich weiter verliehen. Das Kapital der Rettungsfondsstiftung ist auf 34312 Mark angewachsen. Als Brille Verwaltung bestehen gegenwärtig 24 Küsten- und 38 Binnenbezirksvereine und 251 unmittelbar mit dem Vorstand verbundene Vertreterschaften. Die Gesamteinnahme belief sich auf 600 947 Mark, die Gesamtausgabe betrug 562 475 Mark.

Die Mitgliederzahl beträgt 37 309. Sie hat, während sie im Vorjahre etwas zugenommen hat, einen Rückgang erfahren müssen. In dem Rechnungsbericht für das vergangene Geschäftsjahr erscheint das Reservefondskonto mit 38 472 Mark. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl der sachungsgemäß Ausscheidenden. Einige Anträge, die sich mit Neubauten von Motorrettungsbooten usw. für die Stationen Pillau, Wangeroge und Stolpmünde/West befaßten, wurden genehmigt. Ferner wurde das Rechnungsjahr in Zukunft mit dem Kalenderjahr zusammengelegt.

Der Hauptvoranschlag für 1930 steht einen Mehrbetrag der Ausgaben von 19 000 Mark vor. Als Ort für die 1932 stattfindende nächste Versammlung wurde Oldenburg ausgerufen.

Zweck und Ziel der „Deutschen Steuben-Gesellschaft e. V.“

Die „Deutsche Steuben-Gesellschaft e. V.“ hat sich am 18. Februar 1930 — im Jahre des 200. Geburtstages des Generals Friedrich Wilhelm von Steuben — in Potsdam, als dem Standort des dem deutschen Volke vom amerikanischen Kongreß geschenkten Steuben-Denkmal, gebildet. Der Zweck der „Deutschen Steuben-Gesellschaft“ ist die Förderung der kulturellen Beziehungen und damit der wirtschaftlichen Verbindung zwischen der deutschen Heimat und den unter Steubens Mithilfe durch Washington geschaffenen Vereinigten Staaten von Amerika im Geiste des preussisch-amerikanischen Freundschafts- und Handelsvertrages vom Jahre 1785. Neben dem Gedächtnis an Steuben soll auch die Erinnerung an die großen Männer und die bedeutsamen Ereignisse, die für die deutsch-amerikanischen Beziehungen wegweisend und bahnbrechend gewesen sind, durch die „Deutsche Steuben-Gesellschaft“ gepflegt werden.

Leiden Sie an Verdauungsstörungen dann essen Sie nur **Schüler Vollkornbrot**

Bäckerel Weill, Audenstraße
„ Springer, Saalburgstraße
„ Reiling, Schmitzgasse
„ Drescher, Thomasstraße
„ Noll, Luisenstraße

Feinkosthandlung Altmann, Elisabethenstraße
„ Gustav Fischbach, Luisenstraße 5

Weiniger Hersteller: Bäckerel Chr. Tag, Obergasse 20.
Telefon 2788

WILHELM SCHWEIGHAEFER

Feine Mass-Schneiderei

Bad Homburg v. d. H., Rathausstr. 1

PH. GRIESS

Luisenstraße 41.
Telefon 2452. Gegr. 1903

Spezialhaus für Neller- und Bürstenwaren

Haar- u. Korbwaren

Toilette-Artikel



Belzaufbewahrung

H. Rupp

Luisenstraße 64.

Jacob Nehren vorm. Carl Kesselschläger Jr.
Telefon 2187 Luisenstr. 84/2

Colonialwaren-Feinkost
und Spirituosen

Nur Qualitätswaren zu mäßigen Preisen mit
5% Rabatt

Lieferung frei Haus.

Chem. Reinigung und Färberei J. KÜCHEL, Bad Homburg

Fernsprecher 2331 Am Markt Luisenstraße 21
reinigt Vorhänge, Steppdecken, Kollern,
Teppiche, Decken jeder Art.
Vorhänge werden gesponnt.

„E MYLIS“ Leibbinden

Corsetten, Corselets
Büstenhalter in
größter Auswahl u.
billigster Preislage

Fachm. Bedienung

Corsetten-Spezialgeschäft

Käthe Abel

Luisenstraße 96.
Krankenkassen Klerant

Sonder-Angebot

Stroh-Hüte 2.90, 3.90, 4.90

Füchse 25.-, 30.-, 60.-, 120.-

Sommer-Felle in allen Farben u. Preisen

B. Denfeld Putz- und Mode-Waren

Bad Homburg Luisenstr. 94

Heinrich Stöcker Nachf.

M. Stein

Spezialgeschäft für

Seidenstoffe

Befäße

Modewaren

Sämtl. Zutaten f. die feine Schneiderei

— Frühjahrsneuheiten —

Wir drucken:

Glückwunsch-, Verlobungs-
Reklame- und Diskarten
Geschäfts- u. Vereinsdruckfachen
Briefbogen
Briefumschläge
Rechnungen
Einladungen
Programme
Plakate
Postkarten
Eintrittskarten
Festschriften

und liefern preiswert
Homburger

Neueste Nachrichten

Homburger Vollkornbrot

allein erhältlich bei

Bäckerei Schäfer

Neue Mauerstr. 1, Tel. 2329

und der Firma Menges & Mulder.